

DER WEG ZUR BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE



01 Vorbild für die Identifikation mit Biodiversitätszielen? Das Hochmoor bei Rothenthurm wurde durch eine Initiative gerettet, die mit emotionalen Bildern das «Bauchgefühl» (Claude Martin, «Natur»-Präsident) der Bevölkerung ansprach (Foto: KEYSTONE/Sigi Tischler)

Der diesjährige «Natur»-Kongress in Basel stand ganz im Zeichen der Biodiversitätsstrategie, die derzeit durch den Bund erarbeitet wird. Auf Interesse stiessen vor allem die Erfahrungen aus Deutschland.

Die Uno hat 2010 zum Jahr der Biodiversität erklärt. So lag es auf der Hand, dass am «Natur»-Kongress in Basel der Schutz der biologischen Vielfalt im Zentrum stand. Laut Claude Martin, dem Präsidenten der «Natur», handelt es sich beim Schutz der Biodiversität um eine kollektive Aufgabe und Verantwortung. Nahezu sämtliche Sektoren und Bereiche, von der Forst- und Landwirtschaft, der Raumplanung, dem Tourismus über die Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturen bis hin zu Konsumenten, seien involviert. Deshalb seien bei der nationalen Biodiversitätsstrategie, die derzeit erarbeitet werde, auch ein transparenter Prozess sowie der Beizug aller interessierten Kreise nötig.

Die Schweiz ist mit ihrer nationalen Strategie spät dran. Das Land hat nämlich die Biodiversitätskonvention (CBD), die eine solche vorsieht, bereits 1994 ratifiziert. Nach dem Willen des Parlamentes soll es nun aber vorwärtsgehen. So soll die Biodiversitätsstrategie noch in dieser Legislaturperiode, also bis spätestens Herbst 2011, verabschiedet werden.

MEERE BISHIER KAUM GESCHÜTZT

Julia Marton-Lefèvre, die Generaldirektorin der International Union for Conservation of Nature (IUCN), rief in ihrem Vortrag die verein-

barten Ziele in Erinnerung. Zehn Jahre nach Verabschiedung der CBD verständigten sich die Vertragsparteien 2002 darauf, den Biodiversitätsverlust bis zum Jahr 2010 global, regional und national signifikant zu reduzieren. Dies wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in die Millenniumsentwicklungsziele aufgenommen. Für die IUCN sei ein besserer Schutz der Naturräume zentral, sagte Marton-Lefèvre. Der Anteil der geschützten Fläche soll in den nächsten fünf Jahren von heute 12 auf 15% steigen. Besonders grossen Handlungsbedarf sieht die IUCN im Meeresschutz; bisher ist nämlich lediglich 1% der Ozeanfläche geschützt.

ERFAHRUNGEN AUS DEUTSCHLAND

Gespannt lauschten die Teilnehmenden und Vertreter des Bundes den Ausführungen von Beate Jessel. Die Präsidentin des deutschen Bundesamtes für Naturschutz sprach über die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt in Deutschland, die 2007 durch das Bundeskabinett verabschiedet worden war. Weil es sich um eine Strategie der Regierung handle, sei diese für alle Ressorts und Ministerien in gleicher Weise verpflichtend, sagte Jessel.

Die deutsche Biodiversitätsstrategie bestehe aus 28 Visionen, 330 Handlungszielen und über 400 konkreten Massnahmen in den einzelnen Sektoren. Wie viele andere Länder werde aber auch Deutschland das international vereinbarte Ziel verfehlen, den Biodiversitätsverlust bis 2010 zu stoppen, sagte Jessel. Einige erste Erfolge seien zwar zu vermelden. Das Tempo und die Breite der Umsetzung der

Massnahmen reichten offenbar aber noch nicht aus. Doch nicht die Ziele müssen neu definiert, sondern der Weg dahin konsequenter beschritten werden. Als grosse Herausforderung sieht Jessel die Landnutzung – eine der grössten Ursachen des Rückgangs der biologischen Vielfalt. «Es muss gelingen, Biodiversitätsbelange stärker in alle Formen der Nutzung, speziell der Landnutzung, zu integrieren.» Sie verwies auch auf die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung, die ein Bundesprogramm «Biologische Vielfalt» vorsieht, mit dem Ziel, dem Umsetzungsprozess neuen Schwung zu verleihen.

WÜNSCHE DER SCHWEIZER NGO'S

Die drei Schweizer Naturschutzorganisationen BirdLife, Pro Natura und WWF präsentierten am Kongress ihre Forderungen für eine griffige nationale Biodiversitätsstrategie. Das Jahr der Biodiversität sehen sie als einmalige Chance, nicht nur kleine Schritte, sondern grosse Sprünge vorwärts zu machen. Wichtig

ENTSTEHUNG DER DEUTSCHEN BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE

Joanna Küchler-Krischun vom deutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berichtete von der Entstehung der deutschen Biodiversitätsstrategie. Sie hat den Prozess vom Anfang bis heute begleitet. Damit ein solches Vorhaben gelingt, braucht es nach Küchler-Krischun Weitblick, Visionen und gemeinsame Ziele. Doch gerade der Naturschutz sei bei den anzustrebenden Zielen oft uneins. Deshalb seien Diskussionen mit Fachleuten aus Wissenschaft und den Naturschutzbehörden sowie Vertretern der Umwelt- und Naturschutzorganisationen zentral. Eine Strategie ist grundsätzlich ein weiches Instrument und kein hartes Gesetz. Deshalb müssen laut Küchler-Krischun die Ziele möglichst konkret und präzise formuliert werden. Dabei sei der Faktor Zeit entscheidend. Stehe man unter Zeitdruck, so müsse man aus Sicht des Naturschutzes oft nachgeben. Wichtig sei zudem, so Küchler-Krischun, dass die Biodiversitätsziele möglichst auch in andere nationale Strategien aufgenommen werden. Im Fall von Deutschland nannte sie die Meeresschutzstrategie, die Klimawandelanpassungsstrategie und die Nachhaltigkeitsstrategie. Seien die Ziele auch dort verankert, so wirke dies stabilisierend, weil man an mehreren Stellen ansetzen müsste, um die Ziele abzuschwächen. Joanna Küchler-Krischun sprach aber auch Defizite an. So habe man bei der Erarbeitung der Strategie zu wenig an die Umsetzung gedacht.: In der Strategie seien beispielsweise Ziele enthalten, die bei der Umsetzung nun Mühe bereiteten. Auch sei es bisher nicht gelungen, aufgrund der Strategie notwendige Gesetzesänderungen zugunsten der Biodiversität zu erreichen.

sei, dass der Biodiversität genügend Raum zur Verfügung gestellt werde. Zudem müssten eine naturnahe Waldwirtschaft, qualitativ genügend ökologische Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft sowie mehr Natur im Siedlungsraum gesichert werden. Die Arten, die durch dieses Netz fallen, und solche, für die die Schweiz gesamteuropäisch eine spezielle Verantwortung trägt, sind spezifisch zu fördern. Beispielhaft wurden drei Handlungsfelder skizziert. So hat der Staat bei sämtlichen seiner Tätigkeiten die Auswirkungen auf die Biodiversität zu prüfen. Dies würde für Gesetzesänderungen ebenso gelten wie für Subventionen oder die Unterstützung von Projekten, dem Strassenbau und dem Militärbetrieb. Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie sei weiter eine umfassende, nationale Schutzgebietsstrategie zu erarbeiten. Und in Anlehnung an die Landschaftsinitiative ist der Bodenverbrauch zu stoppen.

Ähnlich wie in Deutschland, wo man noch dieses Jahr ein Bündnis «Kommunen für biologische Vielfalt» gründen will, möchten die Schweizer Naturschutzorganisationen analog zu den «Energistädten» sogenannte Biodiversitätsgemeinden etablieren. Und analog zum Preisüberwacher wurde ein Biodiversitätsüberwacher zur Diskussion gestellt.

Mit dem Vorschlag eines Biodiversitätsüberwachers konnte Maria Lezzi, die Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE), jedoch gar nichts anfangen. Es brauche eben gerade nicht eine einzige Person für die ganze Schweiz, sondern das Engagement von allen. Mehr Verständnis hatte sie für den Vorschlag, eine Übersicht über die nationalen Schutzgebiete zu erstellen. Die ARE-Direktorin sprach sogar von einem nationalen

Sachplan «Biodiversität» oder von einem Objektblatt «Biodiversität» für die Agglomerationen. Man müsse nicht immer neue Instrumente erfinden, sondern könne auch bewährte auf andere Bereiche übertragen, meinte sie.

LANDWIRTSCHAFT UNTERSTÜTZEN

Der Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, Manfred Bötsch, wies darauf hin, dass es sich bei der Biodiversität um eine kollektive Aufgabe handle. Die Landwirte alleine können es nicht richten. Als Beispiel nannte er die schönen Blumenwiesen und -weiden im Berggebiet. Diese seien das Resultat der landwirtschaftlichen Nutzung. Wolle man sie erhalten, so müsse man der Landwirtschaft helfen und diese unterstützen, indem beispielsweise eben auch der Berg- und Alpkäse gekauft werden. Hier müssten auch die Grossverteiler und Konsumenten Verantwortung übernehmen. Aber auch beim ökologischen Ausgleich sieht Bötsch Verbesserungspotenzial. Das Ziel, 7% der Landwirtschaftsfläche als ökologische Ausgleichsflächen auszuscheiden, sei zwar weitgehend erreicht. Bei der Qualität dieser Flächen gebe es aber Defizite. Deshalb habe man zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) Umweltziele definiert, quantifiziert und mit Indikatoren hinterlegt. Auf dieser Grundlage basiere der bundesrätliche Vorschlag ans Parlament, die Weiterentwicklung der Direktzahlungen noch stärker auf die Umweltziele und damit auch auf die Biodiversität auszurichten.

Bruno Oberle, Direktor des Bundesamtes für Umwelt (Bafu), sagte, im Bereich der Biodiversität werde schon einiges gemacht. Was aber fehle, sei ein Ziel, an dem sich alle orien-

tieren könnten. Dies solle mit der Biodiversitätsstrategie nun ändern. Für den Bafu-Direktor ist die Biodiversität eine nationale Infrastruktur wie die Autobahnen. Bei Infrastrukturen stelle sich die Frage, wie sich diese finanzieren liessen. Bei den Autobahnen sei es eine Spezialfinanzierung über die Mineralölsteuer. Im Falle der Biodiversität sei die Finanzierung im Bereich der Landwirtschaft teilweise über die Direktzahlungen gesichert. Für die Renaturierung von Flüssen stünden künftig wahrscheinlich Mittel dank dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» zur Verfügung. Für die Biodiversitätsförderung in den Agglomerationen und im Wald hingegen gibt es laut Oberle derzeit noch keine entsprechende Finanzierung.

BÜRGER MIT EMOTIONEN GEWINNEN

Bleibt abzuwarten, wie es die Schweiz schafft, ihre Biodiversitätsstrategie auszuarbeiten. Claude Martin wies darauf hin, dass ein Blick zurück zur Rothenthurm-Initiative hilfreich sein könnte. Er habe damals zu den Initianten gehört, und niemand habe an einen Erfolg geglaubt. Die Initiative habe sich nicht nur gegen den geplanten Waffenplatz in Rothenthurm gerichtet – sie forderte nämlich den Schutz aller Moore in der Schweiz. Und das Volk habe dieses Anliegen 1987 mit fast 60% der Stimmen gutgeheissen. Mit emotionalen Bildern sei es damals gelungen, bei den Stimmbürgern ein Bauchgefühl auszulösen, sagte Martin. Von der Rothenthurm-Initiative könne man lernen, wie man Menschen gewinne, damit sie sich für diese wichtigen Ziele engagieren.

Lukas Denzler, dipl. Forst-Ing. ETH / Journalist, lukas.denzler@bluewin.ch



Stark!

Allplan 2009: Damit Ihre brillanten Ideen nicht am falschen Werkzeug scheitern. Und damit sich Ihre kreativen Entwürfe nicht nur auf dem Papier entfalten. Die funktionale Planungssoftware ist wegweisend in Sachen Energieeffizienz: in 2D oder 3D und mit vielen Neuerungen auch für die Gestaltung von komplexen Fassaden. Informieren Sie sich unter: +41 44 839 76 76 oder www.allplan2009.com.

NEMETSCHKE FIDES & PARTNER AG | Hertistrasse 2c | 8304 Wallisellen | Schweiz | www.nfp.ch